

Der Volksstaat

Abonnementspreis
für ganz Deutschland
16 Sgr. pro Quartal.

Monats-Abonnement
werden bei allen deutschen
Postanstalten auf den 2ten
u. 3ten Monat und auf den
3ten Monat besonders an-
genommen; im Sgr. Sachsen
u. Erzst. Sachl.-Altenburg
auch auf den 1ten Monat des
Quartals à 6 1/2 Sgr.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.
Bestellungen nehmen an alle
Postanstalten u. Buchhand-
lungen des In- u. Auslandes.
Filial-Expeditionen
für die Vereinigten Staaten:
F. A. Sorge,
Box 101 Hoboken, N. J.
Peter Haß,
8. W. Corner Third and
Coates str. Philadelphia.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 1 Ngr., — Privat- und Vergnügungs-Anzeigen mit 2 1/2 Ngr. die dreispaltige Petit-Zeile berechnet.

Nr. 121. Freitag, 16. Oktober. 1874.

Aufruf.

Parteigenossen! Wie Ihr wißt, steht im 14. sächsischen Wahlkreis eine Neuwahl zum Reichstag bevor. Als Candidat wurde von den dortigen Parteigenossen W. Fink in Leipzig aufgestellt. Der 14. sächsische Wahlkreis bietet außerordentlich günstige Chancen für uns, und es unterliegt kaum einem Zweifel, daß, wenn wir ernsthaft in den Wahlkampf eintreten, wir als Sieger demselben hervorgehen werden. Schon bei der letzten Wahl haben sich der Candidat der vereinigten Gegner, der damalige Landeshauptmann von Könnertig und unser Parteigenosse Fink in scharfer Wahl gegenüber, und nur dem Mangel an Agitation und Organisation war es zuzuschreiben, daß Fink nicht schon damals gewählt wurde. Jener Mangel, in Folge der allseitigen Anstrengung der Partei leicht erklärlich, soll uns jetzt nicht um den Sieg bringen; bereits sind allerorts im Wahlkreise Comités gebildet, welche die Organisation in die Hand nehmen; bewährte Parteigenossen haben schon zugesagt und sind bestimmt, als Redner in den Wählerversammlungen aufzutreten; wir sind kampfbereit. Um aber diesen Kampf mit Nachdruck führen zu können, müssen dem Ausschuss, der die Wahl leitet, da der Wahlkreis als ein offizieller Wahlkreis und deswegen, Parteigenossen, wenden wir uns an Euch. Diese Wahl ist von besonderer Wichtigkeit; es gilt den Beweis zu bringen, daß die Behauptung der Gegner, seit den letzten Reichstagswahlen mache sich in der sozialdemokratischen Bewegung ein bedeutender Rückgang bemerkbar, eine eitle Erfindung ist. Wir müssen jenen Parteien, die in ihrer Angst vor dem „rothen Geheiß“ stets die Fortschritte der Sozialdemokratie weglugnen, den Beweis liefern, daß kein Rückgang, sondern umgekehrt ein steter Fortschritt unserer Partei an Zahl sowie an Organisation stattgefunden hat.

Aber wir haben noch mehr durch diese Wahl zu beweisen. Parteigenossen! Seit dem Ausfall der letzten Reichstagswahlen der Schrecken unserer Gegner über die Macht und Zahl der Sozialisten ein allgemeiner, und in ihrer Angst kennen unsere reaktionären Gegner ohne Ausnahme kein anderes Ausnahmsmittel als Betrug nach der Polizei. Die Polizei soll helfen, soll retten! das ist die Lösung unserer Gegner, und wahrlich sie haben sich bemüht gefunden. Kein Tag vergeht, an dem nicht politische Verbrechen gegen unsere Partei, sei es gegen die Presse oder einzelne Redner, vorkommen. Gegen diese willkürlichen polizeilichen Maßnahmen zu protestieren, giebt uns die Wahl die schönste Gelegenheit. In dem wir opferfreudig die Mittel zu den Wahlkosten aufbringen, beweisen wir, daß wir uns durch keine Gewalt schrecken lassen können, daß wir, unbedrückt durch die Maßnahmen der Reaction, fest auf unser Ziel lossteuern.

Dann aber noch ein letzter Grund. Parteigenossen! Wie Ihr bereits erfahren habt, ist der Rücktritt unseres Parteigenossen und Reichstagsabgeordneten Johann Most vom königlich preussischen Obertribunal zu Berlin verworfen und dadurch das Urtheil des Obergerichtes, wonach Most zu 1 Jahr und 7 Monat Gefängnis verurtheilt ist, rechtskräftig geworden. Tessenors hat es also fertig gebracht, er hat das „Hühnchen“ vorläufig mit Most gepufft. — Durch diesen Urtheilspruch nun ist Most für die nächsten 7 Jahre seiner Freiheit verlustig und die Arbeiter Deutschlands haben einen Vertreter weniger im deutschen Reichstage. Diese Umstände, welche die Gegner uns geschlagen, sie muß durch die bevorstehende Wahl angefüllt werden. Parteigenossen! Die Wahl in dem Wahlkreis ist ein Protest der Arbeiter gegen die Verurtheilung Most's, und vergeht nicht, warum Johann Most, der kaum das Gefängnis im Rücken hatte, schon wieder auf weitere 19 Monate seiner Freiheit beraubt wird. Er hat zu Arbeitern über die Pariser Commune gesprochen und dieselbe verteidigt, das ist sein Verbrechen; die Communebewegung darf zwar auf das gemeinste bekämpft werden, aber sie darf vor Arbeitern nicht verteidigt werden, sie muß offen sich die Pforten des Gefängnisses für den Verteidiger des „Bon Rechts Weges.“

Alle diese Gründe, Parteigenossen, müssen Euch festimmen, zusammen zu treten und Mittel für die Wahl zu schaffen. Wir werden siegen, wenn wir es ernstlich wollen, und wir wollen es unbedingt; es ist Ehrensache der Partei, daß wir siegen. Deshalb, Parteigenossen, thut was in Euren Kräften steht. Um Unregelmäßigkeiten zu vermeiden, bitten wir, alle zu diesem Zwecke gesammelten Gelder an den mitunterzeichneten Parteigenossen Benneke, einzusenden.

Hamburg, 9. Okt. 1874. Mit Gruß!
Der Ausschuss
der sozialdemokratischen Arbeiterpartei.
J. Auer, Breitestr. 39, Hinterhaus I.
H. Benneke, Kleiner Schäferkamp 36.

Es gibt Richter in Berlin.

In der vorigen Nummer veröffentlichten wir das Urtheil des Berliner Stadtgerichts gegen Most. Zwei Punkte sind es, die den „Gründen“ besonders auffallen. Einmal die wahrhaft monströse Theorie, daß es nicht der Inhalt einer Rede ist, welcher die Strafbarkeit oder Nicht-Strafbarkeit derselben bestimmt, sondern der Charakter des Publikums, an welches sie gerichtet ist; und daß der Most'sche Vortrag, dessen Strafbarkeit eingestanden werden kann, zweifelhaft gewesen wäre, wenn ihn Most vor Arbeitern der Commune gehalten hätte, dadurch eine ungewissere strafbare Natur erlangt hat, daß er vor Anhängern der Commune gehalten worden. Nach dieser Berliner Stadtgerichtstheorie, welche nicht nur dem gesunden Menschenverstand, sondern auch

den ersten Grundsätzen der Rechtswissenschaft schnurstracks zuwiderläuft, kann jeder, selbst der harmloseste Vortrag über das harmloseste Thema zu einem Staatsverbrechen gestempelt werden, wenn er Feinde des heutigen Staats zu Zuhörern gehabt hat. Jede an ein reichsfeindliches Auditorium gerichtete Rede, ja jedes an einen Reichsfeind gerichtete Wort — denn auf die Zahl der Zuhörer und Worte kann es doch unmöglich ankommen — ist nach dem salomonischen Spruch der Berliner Richter ein Verbrechen. Und nun denke man: zwei Fünftel sämmtlicher deutscher Reichstagswähler sind „Reichsfeinde“ — wie soll man sich da vor den gefährlichen Folgen der Berliner Stadtgericht-Logik bewahren? Werden die Millionen der „Reichsfeinde“ nicht in Hysterie gesteckt, so daß sie gehindert sind mit einander zu reden, und kein Anderer mit ihnen reden kann — so wird unsehbar die ganze Bevölkerung unseres lieben deutschen Vaterlandes ins Gefängnis zu marschieren haben; ganz Deutschland würde ein Plögensee, und das National-Zuchthaus wäre verwickelt, wie selbst Heine's kühne Erfindungskraft es nicht vorausgesehen.

Es ist wahr, der Wissenschaft räumen die Berliner Richter, die sich erinnern, daß sie im „Intelligenzstaat“ leben, eine gewisse Immunität (Freiheit vor Strafe) ein; allein bloß, um eine zweite gleich monströse Theorie zu Tage zu fördern. „Ein objektiv gehalten, rein doktrinäres Lehrvortrag“ erfreut sich dieser gewissen Immunität; nicht aber ein „Partei-vortrag“. Sobald Jemand in einem Vortrage Partei ergreift, ist er strafbar, verfällt er der Berliner Stadtgericht-Logik. Schade nur, daß „objektive, rein doktrinäre Vorträge“, sogar über die trockensten, die menschlichen Leidenschaften am wenigsten berührenden Gegenstände undenkbar sind, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil das Individuum mit Nothwendigkeit seine Individualität bei der Behandlung des Gegenstandes zum Ausdruck bringen muß. Es ist noch nie ein „objektiver rein doktrinäres Lehrvortrag“ gehalten worden, und wird nie einer gehalten werden.

Daß die Berliner Richter diese bekannte und auf der Hand liegende Wahrheit nicht kennen, charakterisirt ihren Bildungsgrad und ihre Geistesfähigkeiten. Oder verstehen die Berliner Richter unter „objektiv“ und „rein doktrinäres“, was mit ihnen — der Berliner Richter — Meinungen übereinstimmt, wie dies das profanum vulgus (das gewöhnliche Volk) zu thun pflegt? Man, so gestaltet die Sache sich fast noch schlimmer, — denn, wer nicht auf das geistige Niveau der Berliner Richter herunterzustiegen vermöchte, müßte nach Plögensee. Freilich die Treitschke und reichsfeindliche Consorten konnten diesem Esorderniß genügen, aber wer rettet sie vor den Konsequenzen der Berliner Stadtgerichtlichen Zwillingstheorie, daß die Strafbarkeit eines Vortrages u. nicht durch den Vortragenden, sondern durch dessen Publikum bedingt wird; daß Jeder ein Verbrecher, der reichs- und staatsfeindliche Zuhörer hat, — daß also Treitschke nach Plögensee wandern muß, wenn z. B. die konzentriert staats- und reichsfeindlichen sozial-demokratischen Reichstagsabgeordneten während der nächsten Session, um sich die Zeit zu vertreiben, einem Colleg des Herrn Treitschke assistiren?

So viel über die „Intelligenz“ der Berliner Richter. Und jetzt ein Wortchen von ihrer Gerechtigkeit. Die Aeußerung, auf welche sich die Verurtheilung Most's hauptsächlich stützt, lautet: „Unsere Gegner haben es in der Hand; sie haben die Wahl: Reform oder Revolution. Wie sich die herrschenden Klassen verhalten, gut oder schlecht, so wird seiner Zeit die soziale Frage gelöst werden.“ Bisher hatte er ausdrücklich erklärt (und in den „Gründen“ ist dies erwähnt): „Wir wollen auf friedlichem Wege Erreichung unseres Zieles.“ Obgleich nun Most, indem er sagte, die Entscheidung: ob Revolution oder Reform, steht bei den herrschenden Klassen, einen Satz ausgesprochen hat, den jeder denkende Mensch unterschreiben muß und der von Männern der Wissenschaft, auch der Sozialdemokratie feindlich gestanden, schon häufig in vollster Schärfe ausgesprochen worden ist; und obgleich Most, um jeder Mißdeutung vorzubeugen, noch ausdrücklich sich für den friedlichen Weg, d. h. den Weg der Reform erklärt hat, so haben die Berliner Richter trotzdem gefunden, „daß diese Aeußerungen absolut aufreizender Natur“ gewesen seien. Sehr gern würden wir für diese Auslegung die Intelligenz der Berliner Richter verantwortlich machen, hinderte uns nicht ein kleiner Umstand daran. Wir lesen nämlich folgenden Prozeßbericht in den Zeitungen:

„Berlin, 8. Oct. Vor der siebenten Criminal-Deputation des hiesigen Stadtgerichts stand am Dienstag der ehemalige Vorsitzende des „Allgemeinen deutschen Maurer- und Steinhauer-Vereins, der Maurer Kappel. Derselbe war angeklagt, in einer Versammlung eine Rede gehalten und sich dabei einer Aufreizung in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise schuldig gemacht zu haben. Diese Aufreizung ward in der Auseinandersetzung gefunden, daß zur Erreichung der von der Sozialdemokratie angestrebten Zwecke nur zwei Wege, der des Gesetzes, und wenn sich dieser als ungenügend erweisen sollte, der der Revolution, — offen ständen. Die königliche Staatsanwaltschaft erachtete den Beweis der Schuld für erbracht und beantragte gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von vier Monaten; der hohe Gerichtshof vermehrte das Kriterium der Aufreizung in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise in der Handlung des Angeklagten, da die Gefahr, wo von der Möglichkeit einer Revolution gesprochen wird, zu entfernt liege, und erkannte auf Freisprechung.“

Most sagt: „Ob eine Revolution ausbrechen wird, hängt von den herrschenden Klassen ab; wir Sozialdemokraten wollen

keine Revolution“ — das ist „absolut aufreizend“: 16 Monate Plögensee.

Kappel sagt genau dasselbe, wie aus dem lächerlichen Berichte erhellt, — „der hohe Gerichtshof vermehrt das Kriterium der Aufreizung, da die Gefahr, wo von der Möglichkeit einer Revolution gesprochen wird, zu entfernt liege“: Freisprechung.

Und der „hohe Gerichtshof“, der Kappel am 6. Oktober frei sprach, ist der nämliche „hohe Gerichtshof“, der Most am 19. Mai verurtheilte. Es ist die siebente Deputation des Berliner Stadtgerichts. Il y a des juges à Berlin*.)

Die Duednauer Revolte vor dem Schwurgericht.

(Fortsetzung.)

Wie schon bemerkt, begann das Drama am 6. Juli c. auf dem Gute des Herrn v. Gottberg in Samitten. Der Gensdarm Oldenburg hatte von dem Amtsdorfherren Herrn Schnell in Duednau den amtlichen Befehl erhalten, dortselbst bezüglich eines noch nicht zurückgezahlten Nothstandsdarlehens Erkundigungen einzuziehen und nach einer Arbeiterfrau Lind zu recherchiren. Dieselbe war mit ihrem Brodherrn in ihrer Eigenschaft als Milchfaherin in Disfertenzen gerathen, so daß er ihr diese Beschäftigung entzogen und sie angewiesen hatte, auf dem Gute andere Dienstleistungen auszuführen, was dieselbe jedoch nicht wollte, sondern danach freite, auf dem Gute als Detsarme unterhalten zu werden. Mittags 12 Uhr traf der Gensdarm in Erledigung dieses Auftrages dortselbst in der Wohnung des Inspektors Wilugki ein, woselbst alsbald der Räumere Donk mit der Meldung erschien, daß die Gutsleute die Aufnahme der Nachmittagsarbeit verweigerten und sie nicht eher aufnehmen wollten, bis der Gensdarm, den die Leute „die Blankmüge“ genannt hatten, sich vom Gute entfernt habe, denn sie glaubten, der Gensdarm sei gekommen, um die Lind zu verhaften. Während darauf der Gensdarm sich über den Guts-hof nach der nicht auf demselben vorüberführenden Chaussee bezog, fand er bereits die sammitter Knechte und Arbeiter in einer Stärke von ca. 30 Mann in drohender Haltung versammelt. Als er grüßend an der Menge vorübergehen wollte, sich auch nach der Wohnung der von ihm gesuchten Frau Lind erkundigte, ertönten sofort Rufe: „Wir lassen Keinen arretiren! Hier hat Keiner was zu suchen!“ und ehe Oldenburg zu seinem Schutze was thun konnte, war er von der Menge umzingelt und seiner Waffen beraubt. Einer entriß ihm das Gewehr, welches er am Tragriemen über die Schultern gehängt hatte, ein anderer das Seitengewehr, gleichzeitig erhielt Oldenburg von einer nicht ermittelten Persönlichkeit einen Hieb über den Arm und von einem Anderen einen so starken Schlag mit einer Mistgabel über den Kopf, daß der Helm zu Boden fiel. Der Inspektor Wilugki, welcher nunmehr hinzukam, um die Leute zu begütigen, erhielt von einem Arbeiter, der dem andern das Gewehr des Oldenburg weggenommen hatte, mit diesem einen Hieb über den Kopf. Bei der Uebermacht der Eredenten fand der Gensdarm es für gerathen, nach dem Wohnhause des Herrn v. Gottberg zu flüchten und sich von hier aus nach Königsberg zu begeben, um militärische Hilfe zu requiriren. Das Signal für die Revolte war gegeben, unter viehlichem (!) Gebrülle zog die Kotte nach dem Gute Beydritten. In drei Kotten sah der Administrator Petersen, der sich auf dem Felde befand, die Tumultuanten anrücken, welche eine der Schneider Heinrich, ein Mann von 47 Jahren, zu kommandiren schien; er trug eine Toppäpe, bestehend aus einer mit einem Blumenstrauß geschmückten Mistgabel. Herr Petersen, der sich auf seinen Guts-hof zurückzog, um dort Gewaltthätigkeiten zu verhindern, sah, daselbst angekommen, daß seine auf einem andern Felde beschäftigt gewesenen Knechte auf ihren Arbeitspferden auf den Hof geritten kamen und die Pferde in den Stall brachten. Auf Petersen's Frage, wie sie dazu kämen, plötzlich ohne Grund die Arbeit zu verlassen, wurde ihm die Antwort, daß sie von den Samitern mit Todtschlagen bedroht worden wären, falls sie sich nicht entschlossen, mit nach Duednau zu ziehen. Nach den Ermittlungen steht jedoch fest, daß, als die Beydritter die Samitter auf dem Felde anrücken sahen, einer der Spannknächte den andern beydritter Knechten sofort zurief, sie möchten nur ausspannen und mit den Samitern nach Duednau ziehen, um diesen bei Zerstörung der Kufe behilflich zu sein. Ebenso forderte derselbe Knecht mit lauter Stimme die inzwischen ganz nahe herangekommenen sammitter Leute auf, aufs Feld zu kommen und sie nach Duednau mitzunehmen. Die Courage wuchs den Tumultuanten nur noch, als Stimmen unter denselben laut wurden, daß die Arbeiter mit den Herren machen könnten, was sie wollten, da der König das Militär zum Schutze der Herren nicht hergeben werde. Wer nicht mitziehen wollte, wurde gezwungen; namentlich war der bereits mit einem Gewehr versehene Arbeiter Post einer der Hauptagitatoren. Fast sämmtliche Leute aus Beydritten zogen mit. Der durch solchen Zuwachs bedeutend verstärkte Zug hatte nun bereits auch eine Fahne, eine lange Stange, an der ein Schnupstuch be-

* „Es gibt Richter in Berlin“ — Wir haben uns oben ausschließlich auf die Hauptpunkte beschränkt; hätten wir dies nicht getan, so würde sich unserer Kritik noch ein weites Feld geboten haben. Man nehme z. B. die mancherlei kylistischen — Eigenthümlichkeiten (z. B. der zweimalige Gebrauch des Ausdrucks „Intelligenzländer“ (!) für Kultur-länder); die Behauptung, daß Most nur bis zum 26. April d. J. Reichstagsabgeordneter gewesen, als ob das Mandat bloß während der Session in Kraft wäre; der naive Lapsus calami (Vergleichen der Feder), daß Redefreiheit nur im Reichstage existire (die Herren Stadtrichter wollten sagen: Straflosigkeit für gebaltene Reden) u. s. w. Doch diese kleineren Sünden wollen wir milderthätig der „Intelligenz“ dieser klassischen Vertreter des Intelligenz- und Rechtsstaats Preußen zu Gute halten.

festigt war, erhalten, welche der Knecht Raudonus vorantrug. Im Krüge zu Beydrillen hatte man bereits tüchtig dem Schnaps zugespunden, und dadurch war die Rote erheblich brutaler und wilder geworden, als sie in Balleich ankam. Hier wurde auf diejenigen, welche sich am Zuge nicht beteiligen wollten, mit Risforten und Stangen losgegangen und den sich Weigernden der Tod angedroht. Hier kam es auch zu Mißhandlungen ganz unheimlicher Art und in keiner Weise der Menge entgegengesetzter Personen, indem der mit einem Gewehr bewaffnete Arbeiter Jodast auf den 76 Jahre alten Schwiegervater des Besitzers Schulz, Partikulier Dehring aus Berlin losging und denselben in brutalem Tone zuschrie: „Wenn er nicht ein so alter Kerl wäre, würde ich ihm gleich ein über den Kopf geben.“ Nun ging's nach Jögerehof, woselbst es sogleich zu einer brutalen Mißhandlung des Besitzers Ewert und seines 16jährigen Sohnes kam. Auf dem Kleefeld, woselbst Beide mit den Leuten waren, wurden Letztere zum Mitkommen nach Duednau aufgefordert. Einer der Kerle meinte spöttisch, der junge Herr könne ja den Kle aufstehen; und als dieser in ruhiger Weise erwiderte, daß er nicht gewillt sei, sich dieser Arbeit zu unterziehen, wurde er von mehreren Personen gestoßen und geschlagen, und als sein Vater zu Hilfe kommen wollte, erhielt dieser mit einer Heugabel einen so kräftigen Schlag über den Schädel, daß er bewußtlos zusammensank und liegen blieb, worauf der arme Mann noch mit Knütteln bearbeitet wurde. Rannmehr zog die Rote in Begleitung der Arbeiter und Knechte, die theils gezwungen, theils freiwillig folgten, nach Ernschhof.

In Ernschhof schloß sich nur ein Tagelöhner, unter Mitnahme einer Heugabel, den Tumultuanten an, während die Arbeiterfrauen auf Geheiß der Letzteren nach Königsberg eilten, um ihre gerade dort weilenden Männer nach Duednau zu holen. Rannmehr ging's nach Rothenstein, einem dicht bei Duednau belegenen großen Ziegeleietablisement. In der Erwartung, dort einen bedeutenden Zuwachs zu erhalten, täuschte sich die Rote nicht, da fast sämtliche in der Ziegelei beschäftigte Männer, in der Zahl von etwa 106, obwohl sie anfänglich der Revolte entschieden abgeneigt waren, schließlich sich zur Theilnahme entschlossen, nachdem sie gesehen hatten, daß den sich Weigernden in gefährlichster Weise zu Leibe gegangen wurde. Am meisten that sich, außer Anders, in dieser Beziehung der Arbeiter Hall her, der eine große Anzahl Personen in der Weise zwang, daß er denselben die Heugabel auf die Brust setzte und sie zu erschrecken drohte, wenn sie sich weigern würden, nach Duednau zu ziehen. Derselbe war auch in sofern für die Propaganda thätig, als er Abgeborene zum Aufwiegeln nach den naheliegenden Ortschaften sendete, ja, er begab sich selbst nach andern Ortschaften, um dort durch sein drohendes Auftreten den Anschluss noch mehrerer Leute zu erzwingen. Die Zahl der Tumultuanten war auf mehrere Hundert angewachsen, als sie nach Duednau gelangten. Hier überschwemmte die wilde Menge wie ein Strom den ganzen Ort und verübte fast gleichzeitig an den verschiedenen Stellen des Dorfes die empörendsten Exzesse. Das massive Amtsgefängniß wurde im Nu der Erde gleich gemacht, nicht minder eine Lokalität, die vorher als interimistisches Amtsgefängniß gedient hatte. Der Krug des Jarchofowig wurde geplündert und Gewaltthätigkeiten gegen Personen geübt. Ganz besonders heiß ging es in der Wohnung des Amtsvorstehers Herrn Schnell her, der nicht zu Hause, sondern in Königsberg anwesend war. Hier rüdte ein Haufen von 70 Personen, unter Führung des Schneiders Heinrich aus Samitten und des Tischlers Nathan aus Beydrillen (Letzterer ein tüchtiger Sechziger, augenscheinlich ein sehr pfiffiger und unternehmender Mann) vor das Haus. Heinrich war der Schriftgelehrte und der Sprecher der Rote, er kannte auch „die Gesetze und Privilegien“ ganz genau, und war von großer Unternehmungslust besetzt. Unter dem Rufe: „Freiheit muß sein!“ encouragirte er die Menge zum weiteren Vorgehen. Heinrich verlangte der auf dem Balkon stehenden Gattin des Herrn Schnell gegenüber, ihren Ehemann zu sprechen. Auf die Frage, was er von diesem wolle, erklärte Heinrich: daß die Herren die Gefängnisse auf eigene Hand eingerichtet hätten, daß der König damit gar nicht zufrieden wäre und daß die Gefängnisse daher zerstört werden müßten, alsdann log er, daß er in Rothenstein dem Ziegeleibesitzer Dr. Waitern einen Brief überreicht habe, auf Grund dessen derselbe seinen Arbeitern gestattet habe, nach Duednau mitzugehen und dort bei der Zerstörung der Kluse zu helfen. Gleichzeitig äußerte Heinrich, daß der Pfarrer Weiß in Rudau die Leute aufgefordert habe, sich nicht unterdrücken zu lassen, und meinte auf die Vorstellung der Frau Schnell, daß er die Worte des Pfarrers wohl mißverstanden haben werde, daß der Pfarrer in Duednau auch wohl gesagt habe, man solle vorwärts streben, daß dies aber doch anders aufzufassen sei, indem er drohend den Stod erhob: „Ja, Ihr Pfarrer, das ist mir auch so einer von der rechten Sorte!“ „Ich will die Gefängnißschlüssel und will den Herrn Schnell sprechen!“ rief Heinrich. Die Menge wurde immer unruhiger und wilder, endlich wurde das Schnell'sche Haus bis in die Kellerräume nach Herrn Schnell durchsucht, die Frau Schnell in brutalster Weise bedroht; Nelson zerbrach ein Fenster. Endlich stellte sich auch bei dem Schneider Durst ein (!), denn er forderie von der Frau Schnell gebieterisch Schnaps. Da dieselbe solchen aber nicht im Hause hatte, gab sie dem Heinrich zwei Flaschen Bier, welche dieser unter Redensarten, wie: daß die Herren mit den Leuten machten, was sie wollten, und daß die Herren von den Leuten das letzte Hemde haben wollten, austrank. Eine Dame, die im Schnell'schen Hause sich zum Besuche befand, Fräulein Horn, auf die Nelson mit drohend erhobener Knüttel loskam, nahm ihre Bärbe aus der Tasche und vertheilte den Inhalt derselben unter die ihr zunächst stehenden Exzessanten. Aus dem Hause ging's in den Garten, woselbst sich der Amtsdieners Feddermann hinter einer Hecke versteckt hatte. Als sich derselbe dort entdeckt sah, wollte er über den Gartenzäun springen, wurde aber gepackt und geschlagen. Schlimmer erging es dem Amtschreiber Weiffemmel, welcher sich in der Wagenremise verborgen und von innen eingeschlossen hatte. Die Thüre wurde von den Tumultuanten erbrochen und Weiffemmel mit Knütteln auf das Unbarmerzigste gemißhandelt. Er suchte zu entfliehen, wurde aber eingeholt und erhielt einen Messerschnitt in den Hinterkopf, während fortwährend Rufe ertönten: „Werk ihn in den Teich!“ Endlich gelang es Weiffemmel, sich der Wuth der Menge durch eine Flucht in das Schmidt'sche Haus zu entziehen. Andere Personen wurden ebenfalls so gemißhandelt. Das neue Amtsgefängniß wurde von oben an abgebrochen. Zuerst warf man die Dachpfannen herunter, demnach wurden die Dachsparren demolirt und schließlich die Ringmauern theilweise vermittelst Breckschlangen zerstört, Werkzeuge, welche dem Schmied Supplitt in Rothenstein gewaltsam fortgenommen worden waren. An dem alten und interimistischen Gefängniß machte sich vornehmlich der Schneider zu thun, der die Thüren Fenster und Treppen mit einer hölzernen Stange vernichtete. Im Jarchofowig'schen Krüge wurden ebenfalls erhebliche Gewaltthätigkeiten geübt. Anfangs liegen sich die Tumultuanten, unter Führung des

vorhin genannten Feld, noch Speisen und Getränke, allerdings ohne zu bezahlen, von dem Commis und der Schänkerin reichen, später schritt man jedoch zu einem einfacheren Verfahren, indem man über die Tombant (?) hinüberstieg und die dort lagernden Vorräthe plünderte. Bald war auch hier wieder der Frechheit; man hat u. A. beobachtet, wie er mit seiner Forke eine große Anzahl Würste von einer Stange herunternahm. Der Schneider war auch hier ein thätiger Helfershelfer bei der Plünderung der Vorräthe. Personen wurden ebenfalls mißhandelt. Jedoch, damit noch nicht zufrieden, decretirte Heinrich hier die Einsperrung des Amtsdieners Feddermann auf 3 Tage, und daß Herr Schnell aufgehängt werden solle. — Der Gefamtschaden in dem Gasthause ist von Herrn Jarchofowig auf ca. 40 Thlr. angegeben worden. An andern, gegen fremdes Eigenthum gerichteten Exzessen fehlte es ebenfalls nicht. Mehrere Personen wurden auf der Dorfstraße angehalten und unter Drohungen Geld von ihnen mit Erfolg erpreßt. Nachdem die Verbrechen in Duednau verübt worden waren, und man auch hier einzelne Leute zum Mitgehen gepreßt hatte, ging es Abends um 6 Uhr weiter nach Resselbeck und Trutenau. (Fortf. folgt.)

Politische Uebersicht.

— Vaterland freue Dich! Die Reichsregierung hat soeben den Gesetzentwurf zur Regelung des Landsturms veröffentlicht. Hauptbestimmungen: „Alle Wehrpflichtigen vom zurückgelegten 17. bis zum vollendeten 42. Jahr, welche weder dem Heere noch der Marine angehören“, bilden den Landsturm; derselbe kann vom Kaiser „nach Jahrgängen und Kategorien“ aufgeboten werden, und tritt an die Stelle der früheren Landwehr, die ihrerseits thausächlich der Linie einverleibt ist, und zu deren „Ergänzung“ er nach Bedarf zu dienen hat. Kurz eine kolossale Vermehrung des Militärs, der Militärlast und des Militarismus — das ist das neueste Geschenk der Blut- und Eisenpolitik!

— Die Kompromittirte für Bismarck die Briefe sein müssen, welche man Arnim abzuteufeln suchte, läßt sich aus nachstehendem Erguß einer schönen Reichsfreundin (Berliner Correspondent der „Angsburger Allgemeinen Zeitung“) schließen:

„Die man der Beurtheilung dieser unerwarteten Staats-handlung näher tritt, ist vor Allem ein Umstand zu beachten. Fürst Bismarck leidet in Folge der fast übermenschlichen Aufgabe, welche er in den Jahren des Konflikts von 1864—1866 löste, an einer unbeschreiblichen Aufregung. Sein Nervensystem ist durch jenen Seelenkampf gründlich zerrüttet worden. Auf der einen Seite einem Landtage die Spitze bieten, der in seiner überwiegenden Mehrheit allen Anspielungen über die Aufgabe, welche Bismarck sich gestellt, keinen Glauben schenken wollte, auf der andern Seite die Diplomatie einrollen und endlich das Vertrauen des Königs soweit gewinnen, daß dieser Leben und Krone auf das Spiel setzte, um das große Ziel zu erreichen, dazu gehörte die Natur, welche man dem eiserernen Kanzler zuschrieb — allein auch das Eisen kann brechen. Fürst Bismarck, von Natur aus zu chevaleresker Offenherzigkeit geneigt, wird durch seinen Nervenzustand zuweilen zu Aeußerungen und Mittheilungen hingerissen, welche seine Freunde erschrecken. Viele jener bekannten Unterredungen mit Vertretern der Presse hatten ihren merkwürdig offenherzigen Inhalt jener Aufregtheit zu verdanken, während das Publikum gereizt war, sie einer tiefen Berechnung zuzuschreiben. . . . Wie bedenklich nun auch diese Nervenauflage sein mag, so steht doch Eines fest, daß Bismarck seine Gesundheit im Dienste des Vaterlandes eingesetzt hat, und daß es, wegen der außerordentlichen Erfolge, die er durch seine Bemühungen erzielt und die großen Gefahren, welche er von Deutschland abgewendet, Pflicht eines jeden Patrioten ist, Nachsicht und Discretion zu üben. In jedem Fall aber wäre es unehrenhaft, von solchen entschläpften Aeußerungen zu persönlichen Zwecken einen eigensüchtigen Gebrauch zu machen, selbst wenn man in allen Ehren in den Besitz solcher Aeußerungen gelangt ist. Bei der geschilderten, mit großer Phantasie und Sensualität (!) verbundenen Neigung zu parabolischen oder offenherzigen Aeußerungen ist es natürlich, daß der persönliche intime Briefwechsel des großen deutschen Staatsmannes reich an Stellen sein muß, aus denen sich Waffen gegen ihn sowohl beim Kaiser, als bei der Volksvertretung, im Bundesrath, wie zu Gunsten der auswärtigen Diplomatie schmieden lassen. Dazu kommt nun noch, daß der Verkehr zwischen dem auswärtigen Amt und den Gesandten häufig in der Form von persönlichen Zuschriften vor sich gehen muß, um das andere Personal nicht in Staatsgeheimnisse einzuweißen. In dieser Hinsicht hat ein Gesandter natürlich großen Spielraum der Beurtheilung, wie weit er einen Brief als persönlich oder amtlich betrachten will. Strafbar würde er in jedem Falle sein, wenn er einen unberechtigten Gebrauch davon machte; allein die bloße Aneignung solcher Briefe, deren amtliche Eigenschaft nicht klar erwiesen ist, kann nicht strafbar sein.“

So schreibt ein Anhänger des Reichskanzlers, der die häßliche Wahrheit nach Möglichkeit vertuscht. Namentlich über den Kaiser sollen sich sehr bedenkliche Aeußerungen in den Briefen vorfinden; natürlich auch über die Beziehungen zu den auswärtigen Mächten, vor Allem zu Rußland und Frankreich. Kurz, eine Lamarmora-Affaire in vermehrter und verstärkter Ausgabe. Und von dem „gründlich zerrütteten Nervensystem“ eines Mannes, den man für unzurechnungsfähig erklären und für den man solche Appelle ans Mitleid in die Welt schicken muß, wird Deutschland jetzt diktatorisch regiert!

— Das Erscheinen Wagners, als offiziellen Vertreters des Fürsten Bismarck, auf dem Kathedersozialistenkongreß wird von der „Frankfurter Zeitung“ unterm 12. d. wie folgt begrüßt:

„Hinaus mit ihm! — ertönte im Februar des vorigen Jahres die Stimme Laaker's, und wenn Gründersänder gleich ihm in unseren Reihen, auch „hinaus mit ihnen!“ Und er schlich vor-sichtig hinaus, der wirkliche Geheim Rath, der schon von der „Exzellenz“ träumte; aber weder ein Staatsanwalt, noch ein Disziplinardienst widmete ihm im Namen des schwer an seiner Ehre geschädigten Beamtenstandes den wohlverdienten Nachruf. Er sei, hieß es, in die Ruhe des Pensionsstandes gegangen und andere Stimmen reichsfeindlichen sogar, er sehe auch als Egeria „a. D.“ nach wie vor zu des hohen Sonnens Disposition. Dann tauchte er vor einigen Wochen als bescheidener Privatmann und Hausfreund in Barm auf und gestern, weniger reinlich als zweifelsohne präsentirte er sich den Kathedern der Sozialpolitik als des eingeladenen Fürsten Reichskanzler offiziellen Vertreters. Und kein: „Hinaus mit ihm“ ertönte zu dieser Vertretung, die jeder auf saubere Schwelle und reines Haus haltende Gesellschaft

hätte zurückweisen müssen, und wer weiß, ob sie es nicht vielleicht als liebevolle Fürsorge angesehen haben, daß ihnen zur Verhütung über criminelle Bestrafung des Kontraktbruchs der Mann geschickt wurde, der in einer gleichfalls sozialen Frage — ein Waage dem Abgeordnetenhaus zu wiederholen — „das Recht mit dem Aermel gestreift hatte.“ So mögen sie denn als den Vertreter des höchsten Würdenträgers im Reich zu Genossen haben, es aber auch hinnehmen, wenn die öffentliche Würde unter Protest ihr Haupt verhält.“

Nun, wir, in soweit wir uns als Wächter der öffentlichen Würde, d. h. der Würde des Volkes, fühlen, verhalten uns Haupt nicht, sondern freuen uns recht herzlich, daß der öffentlichen Würde des herrschenden Systems und seiner Anhänger ein so unbarmerziger aber wohl verdienter Fußtritt ver-setzt worden ist.

— Zur Krisis der englischen Gewerksvereine. Vorgige Woche, am Dienstag (6. Oktober) hielten die Delegirten der Vereinigten Kohlenarbeiter-Assoziation (Amalgamated Association of Miners) in Birmingham ihre zwölfte Jahreskonferenz ab. Ueber 50,000 Arbeiter waren vertreten. Der Vorsitzende der Assoziation, Thomas Halliday, war zugegen. Der Jahresbericht lautete sehr ungünstig. In jüngster Zeit haben nicht weniger als 39 „Zweigvereine“ sich aufgelöst, und die Gesamtzahl der Mitglieder, welche am 31. März d. J. 106,368 betrug, war am 30. September auf 67,766 zusammengesunken — eine Verminderung um 49,000, d. h. binahe die Hälfte in Zeit von 6 Monaten! Die finanzielle Lage ist trostlos; in dem uns vorliegenden Bericht werden zwar keine Ziffern aufgeführt, aber es steht fest, daß die Kassen vollständig erschöpft sind. Die Konferenz ernannte einen Ausschuß, der sich mit der Finanzfrage beschäftigen soll. Und diese „Vereinigte Kohlenarbeiter-Assoziation“ war bis vor Kurzem eine der mächtigsten und ist jedenfalls noch jetzt eine der bestorganisirten Gewerkschaften Englands.

— Zum Klassenkampf in Nordamerika. In St. Louis, in der Nähe von St. Louis, ist in den Kohlengruben von St. Clair County ein bedeutender Ausstand ausgebrochen. Die in New-York erscheinende „Arbeiter-Zeitung“ erzählt nun, daß die Arbeitgeber den Ausstand dadurch gegenstandslos zu machen gedenken, daß sie europäische Arbeiter, vorzüglich aus Schweden, zu importiren gedenken. Die „Arbeiter-Zeitung“ erläßt deshalb eine Warnung an die europäischen Arbeiter, aus der wir folgendes entnehmen:

„Wir ersuchen soeben, daß Leute in St. Louis die Absicht haben, circa 200 Schweden für die Kohlenminen in Illinois zu importiren unter der Vorspiegelung, sie (die Arbeiter) könnten 4 Dollar — per Tag verdienen, was durchaus nicht wahr ist.“

„Das Loos derjenigen Arbeiter, welche sich bei heranziehender Verlegenheiten von den verlogenen und spießbüßischen Agenten verleiten lassen, solche Arbeitsangebote anzunehmen, ist ein sehr trauriges.“

„Selbstverständlich wird in erster Linie der versprochene Lohn und die Hälfte oder Zweidrittel übertrieben und niemals bezahlt. Dann werden die unerfahrenen Leute durch Agenten und Mittelwänner aller Art gründlich ausgeplündert; kommen dieselben endlich am Ort ihrer Bestimmung an, so finden sie gewöhnlich die ihnen versprochenen Plätze besetzt, da unterdessen die streitenden Parteien, Ausbeuter und einheimischen Arbeiter einen Compromiß abgeschlossen haben. — Dann ist entweder Arbeitslosigkeit, folglich Hunger und Gend ihr Loos, oder sie müssen im günstigsten Falle die schwerste Arbeit zu den elendesten Hundelöhnen verrichten. Ist der Streik bei ihrer Ankunft noch im Gang, so erhalten sie allerdings Arbeit, aber niemals den versprochenen Lohn.“

„In diesem Falle aber sind die armen Betroffenen in ebenbürtiger Lage, denn sie werden von einem großen Theil der Bevölkerung als „Schwarze Schaafe“ verächtlich und feindselig betrachtet und sind wiederum, sobald der Streik auf irgend eine Art geschlichtet wird, die ersten, welche von den Wirtensbesitzern auf's Pfaster geworfen werden. — So ist das Loos derjenigen Arbeiter, welche sich aus irgend einem Grunde vor ökonomischen Unterdrückung ihrer Brüder gebrauchen lassen, in allen möglichen Fällen ein sehr trauriges! Arbeiter, laßt Euch daher warnend zurückschrecken, wenn die Verlockungen der Raubkapitalisten und ihrer Werkzeugen zurück, denn wenn ihr denselben folgt, so kommt die bittere Reue vielleicht spät, aber sicher!“

„Unsere europäischen Parteior-gane werden hiermit ersucht, die Interessen der gesamten Arbeiterklasse von obiger „Warnung“ Kenntnis zu nehmen.“

— Gleich unserer europäischen, betrachtet die amerikanische Bourgeoisie den Staat als ihr Privateigenthum, und sucht die Machtmittel des Staats in ihrem Privat-Sonderinteresse zu verwenden, wo immer sie ihre Klassenherrschaft bedroht glaubt. Ein klassisches Beispiel hierfür liefert folgender Vorgang: Die Arbeiter in den Eisen- und Kupfer-Bergwerken in Michigan, am Lake Superior (Ober-See), wollten sich eine Lohnver-särgung nicht gefallen lassen und stellten die Arbeit ein. Als die Werkbesitzer sahen, daß sie gegenüber dem einigen und entschlossenen Auftreten der Arbeiter ihren Willen nicht durchsetzen konnten, verlangten sie, daß die Behörden mit bewaffneter Hand einschreiten sollten, und bestürmten den Gouverneur des Staates Michigan, Bagley, so lange mit erlogenen Berichten von angeblich bevorstehendem Arbeiter-Aufbruch, bis derselbe in Detroit zwei Compagnien Militär aufbot, um in den Gruben die „Ordnung“ aufrecht zu erhalten und das „Eigenthum“ zu beschützen. Als die Soldaten aber auf dem angeblichen „Kriegsschauplatz“ anlangten, zeigte es sich, daß die Berichte der Kapitalisten gänzlich erlogen waren; es konnte nicht die geringste Sperrung eines gewesenen oder zukünftig drohenden Auftrages entdeckt werden. Wohl aber langten in der Staatshauptstadt Detroit die zahlreichen Briefe von Soldaten an, worin erklärt wurde, daß die Arbeiter der Eisengruben friebfertige Männer und ihr Widerstand gegen jeden ferneren Lohnabzug wohlberechtigt sei. Dem Gouverneur blieb nichts übrig, als die Truppen wieder zurückzurufen und das Arbeitervolk des Staates Michigan wird die Kosten dieser Staatsretterei mit etwa 10,000 Dollars zu bezahlen haben. Die Newyorker „Arbeiter-Zeitung“ bezieht hierzu: „Das Regiment der Ausbeuter ist nicht nur die schlechteste, sondern auch die thuereste aller schon dagewesenen Regierungen.“ Und wir füge hinzu: Die Arbeiter von Michigan müssen noch froh sein, daß sie bloß geschöpft und nicht auch noch bezwungen worden sind. Die republikanische Kugel finden den Weg in die Brust von Arbeitern ebenso gut wie monarchische Kugeln — die französischen Arbeiter wissen ein Lied davon zu singen.“

— In Berlin haben unsere „aufgelösten“ Parteigenossen einen „Wahlverein der sozialdemokratischen Arbeiterpartei“

gegründet, dessen Statut genau dem von der Polizei approbierten des Wahlvereins der nationalliberalen Partei nachgebildet ist, und der nicht aufgelöst werden kann, ohne daß man entweder zugleich auch der nationalliberalen Parteiorganisation zu Leibe geht, oder unsere Partei formell für außerhalb des Gesetzes stehend erklärt — zwei Möglichkeiten, auf die wir es sehr gern ankommen lassen. Die „Tribüne“ vom 9. d. M. widmet dem neuen Verein folgende Notiz:

„Wahlverein der Sozialdemokraten. Nachdem die Auflösung und Schließung der Arbeitervereine zur unwiderrücklichen Tatsache geworden, sind kürzlich, wie uns mitgeteilt wird, die hiesigen bekannten Vertreter der Sozialistenpartei zusammengetreten, um einen neuen, natürlich die alten Zwecke verfolgenden Verein ins Leben zu rufen. Um aber eventuellen, von Seiten der Polizei zu machenden Schwierigkeiten vorzubeugen, ist das neu entworfene Statut genau demjenigen des Wahlvereins der nationalliberalen Partei, gegen das ja die Polizei nichts einzuwenden hat, nachgebildet worden. Die Ironie des Zufalls hat es beiläufig gefügt, daß der Vorsitzende des neu konstituirten „Wahlvereins der Sozialdemokraten“ den Namen Bindhorst führt.“

Es wundert uns, daß die „Tribüne“ in dieser „Ironie des Zufalls“ nicht einen neuen Beweis für das „Bündnis der schwarzen und rothen Internationale“ gefunden hat.

— Lienz, Redakteur der „Hofer Zeitung“, ist wegen Preßvergehens vom Schwurgericht zu 3 Monaten Gefängnis verurtheilt worden; v. d. Linde, ebenfalls zeitweiliger Redakteur der „Hofer Zeitung“, wegen Verleibung des bekannten Richteraths Bohl zu 2 Monaten, und wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes zu 3 Wochen Gefängnis.

— In Nr. 38 der „Concordia“ erbietet sich ein „Bekannter des Theismus“ den von dem Verfasser des „ABC des Wissens“ geführten Beweis gegen die Existenz Gottes zu widerlegen, und zwar in einer „öffentlichen Disputation“, die er seinerseits in der „Concordia“ zu führen gedenkt. Der „Bekannter des Theismus“ giebt zwar zu, daß „bei derlei Turniren in der Regel nichts herauskommt“, indess wollen wir ihm kein Hinderniß in den Weg legen, und geben ihm hiermit die Adresse des Gegners, mit dem er sich messen will: Dr. Douai, Care of „Arbeiterzeitung“ 22 Abbridge Street, Newyork. Vielleicht macht sich Douai den Spaß, dem „Bekannter des Theismus“ den Spaß zu machen.

— Laut Beschluß der deutschen Arbeitervereine in der Schweiz erscheint das „Felleisen“, Organ der deutschen Arbeitervereine in der Schweiz, von jetzt ab nur monatlich und zwar als „Correspondenzblatt“ der Vereine. Die Redaktionskommission des „Felleisen“ theilt die Veränderung in dem Erscheinen des Blattes den Lesern in einer Ansprache mit und nimmt dabei Anlaß zu folgender Erklärung:

„Wir wollen uns bestreuen, die Mitglieder unserer Zentralisation immer mehr zu Sozialdemokraten heranzubilden, sie fortwährend mehr mit den großen Prinzipien der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit bekannt zu machen, wir wollen ihnen die Solidarität der Interessen der Arbeiter aller Länder tief ins Herz prägen, damit sie mit einstimmigen in den allgemeinen Ruf der aufgeklärten Arbeiter: Proletariat aller Länder vereinigt Euch!“

Gewerkschaftliches.

Gewerkschaft der Schuhmacher.
Leipzig. Das Vorgehen der Münchener Polizei gegen unsere Gewerkschaften giebt mir Veranlassung, mich über Verschiedenes auszusprechen. Von einer sogenannten Auflösung eines Vereins oder einer Mitgliedschaft kann, da unsere Kollegen besondere Statuten und Organisation nicht besitzen, keine Rede sein. Man kann also denselben höchstens verbieten, nicht mehr sagen zu dürfen, daß sie fortan noch Mitglieder der Gewerkschaft der Schuhmacher sind.

Aber, müssen wir uns fragen, was haben denn die Münchener Arbeiter überhaupt gethan, daß man solche Maßregeln gegen dieselben ergreift? Welches Verbrechen haben sie begangen? Nun, weil sie gethan hatten, was Bestand und Vernunft gebietet. Sie waren, je nach Verfall, Mitglied ihrer Gewerkschaft geworden, und was erstreben denn dieselben? Sie sind unsere Bildungsschulen; wir betrachten dieselben als unsere Universität, wo wir lernen und studiren sollen und wollen. Die vielfach verloren gegangene Achtung und Würde des Arbeiters vor sich selbst wollen wir durch die Gewerkschaften zu heben, zu wahren und von Neuem zu kräftigen suchen. Wir wollen durch dieselben uns wieder zum Menschen empor zu arbeiten suchen, wo wir bis jetzt nur noch als Waare betrachtet und vielfach auch als solche behandelt wurden. Und sind das etwa Vergehen? Die Arbeiter haben also ihre Gewerkschaften zur Hebung, Besserung und Förderung ihrer Lage und dennoch werden sie aufgelöst. Aber auch die Arbeitgeber haben ihre Organisationen, Vereine, Genossenschaften und verschiedenen andere Bündnisse; auch sie erstreben scheinbare Hebung und Besserung ihrer Lage und Interessen und beschäftigen sich mit darauf eingehenden Fragen und Angelegenheiten. Aber wo haben sie schon einmal von einer Auflösung der Genossenschaft der Meister, von einem Verbot oder Auflösung des Arbeitgeber- und Fabrikantenbundes gehört? Warum aber verbietet man den Arbeitern das, was man den Meistern, Arbeitgebern und Fabrikanten erlaubt? Warum nicht man mit zweierlei Maß? Warum vernimmt man den Arbeitern das Vereins- und Versammlungsrecht, welches man eine höher stehende Klasse frei ausüben läßt? Warum verbietet man den Arbeitern in seinen edlen Bestrebungen, wohin sie gehen in den Genossenschaften der Meister und in dem Arbeitgeber- und Fabrikantenbund Händel und Pläne schmiedet werden, den Arbeiter immer mehr zu fesseln und zu knebeln, und in ihnen man auf Mittel und Wege sinnt, den Arbeiter geistig immer mehr verkommen und körperlich immer mehr verkrüppeln zu lassen? Warum wird das erlaubt und für Recht anerkannt, warum dürfen Meister und Arbeitgeber öffentlich in Blättern erscheinen, den und jenen Arbeiter nicht in Arbeit zu nehmen, und warum werden die Arbeiter gestraft, wenn sie ein Gleiches thun? Warum läßt man gewähren, die Arbeiter dagegen, die dasselbe thun wollen, was die Arbeitgeber thun, werden in ihrem Recht gehindert. Und das Alles müssen die Arbeiter ruhig erdulden! Nun, möge immerhin hier und da ein Halt geboten werden, ein großes allgemeines Halt aber giebt es nicht, denn die Arbeiter werden trotz alledem immer mehr und mehr einsehen, daß sie dieselben Rechte zum Leben haben, wie diejenigen, die da glauben, sie seien von Gott und gesellschaftsrechtlich zu empfangen, die Arbeiter zu beherrschen. Das Band immer fester zu ziehen und alle Zwietracht zu bannen, das wird die Aufgabe der Arbeiter sein, denn nur dadurch werden sie der Fels, worauf die Kirche der Zukunft gebaut werden kann. A. Schäfer.

Deutscher Tabakarbeiterverein.
Hamburg. In der am Mittwoch den 7. Oktober von oben genannten Verein einberufenen öffentlichen Cigarrenarbeiter-Versammlung standen die Beschlüsse des Norddeutschen Cigarrenarbeiter-Tages auf der Tagesordnung. Nach längerer Debatte wurde folgende Resolution eingebracht und angenommen: „Die heutige öffentliche Cigarrenarbeiter-Versammlung erklärt sich mit allen Beschlüssen vollkommen einverstanden und erachtet es demnach als Pflicht, für eine centralisirte Corporation einzutreten und macht es jedem so Gesonnenen zur Pflicht, in den deutschen Tabakarbeiterverein einzutreten.“ Sodann wurde unterzeichnetes Comité gewählt, welches mit der Einammlung von Unterschriften und Beiträgen zu einer Petition an den Reichstag betraut wurde.

Unterzeichnetes Comité, welches in den nächsten Tagen seine Thätigkeit beginnen wird, hofft, daß man die in der Versammlung angenommene Resolution respektiren werde.

Das Comité:
H. Tappendorf, Vorsitzender; P. Rath, Kassirer, Vorderbreitengang Hof 79 über 5; B. Bell, Schriftf.; E. Hoffmann; J. Langwitz; H. Kölsch; Körner; W. Steinhagen; W. Bartels.

Correspondenzen.

Glauchau, 11. Oktober. (Verspätet.) Schon längst hätte von dazu beauftragter Seite über das am 9. August in den Räumen des Theaterlokals stattgehabte Fest im „Volkstaat“ berichtet werden sollen; da dies bis heute nicht geschehen ist, fühle ich mich gedrungen, das Versäumte nachzuholen. Am Festtage früh 5 Uhr marschirte das Festcomité mit einem Musikchor durch die Straßen des sonst so ruhigen Glauchau, wobei die Musik die Revue spielte. Mittags 1 Uhr versammelten sich die hiesigen Parteigenossen im Vereinslokal, und waren die Hohensteiner, Ernstbaler, Waldenburger und Kemser Parteigenossen ebenfalls anwesend. Gegen 3 Uhr marschirten die Weeraner und Crimmitschauer Parteigenossen, ungefähr 200 Mann stark, mit klingendem Spiel und wehender Fahne in Glauchau ein, und wurden vor dem Vereinslokal mit Hochs von Seiten der anwesenden Parteigenossen empfangen. Nun bewegte sich der stattliche Festzug vom Vereinslokal durch die Leipzigerstraße über den Markt weg dem Festplatze zu. Den Festzug bildeten im Ganzen gegen 450 Mann, und waren auch viel Frauen an dem Zuge theilhaftig. Auf dem Festplatz angekommen, wurden mehrere Concertstücke von der Musik vorgetragen und die Zwischenpausen mit Absingen einiger Arbeiterlieder angefüllt. Den Clampuspunkt des Festes bildete die Festrede, welche Herr Stolle aus Crimmitschau freundlichst übernommen hatte; dieselbe wurde mit großem Beifall aufgenommen. Nachdem man sich in launiger Stimmung bis gegen 8 Uhr im Garten unterhalten hatte, folgte der Ball; während des Balles wurden mehrere Gesangsstücke von dem Gesangsverein Anonymia in dem festlich erleuchteten und decorirten Garten vorgetragen. Im Ganzen haben 12—1300 Personen am Feste Theil genommen. Das Fest verlief glänzend, und es ist zu hoffen, daß es der Arbeiterpartei neue Streiter zugeführt haben wird.

Großenhain. In die Partei- und Sennungs-Genossen des 7. sächsischen Wahlkreises! In Anbetracht der letzten Reichstagswahl sind wir zu der Ueberzeugung gekommen, daß es bei einziger Agitation gelingen muß, bei der nächsten Wahl einen sozialdemokratischen Kandidaten durchzubringen.

Um aber durchgreifend wirken zu können, ist es schon jetzt dringend geboten, alle Hebel in Bewegung zu setzen und überall im ganzen Wahlkreise Verbindungen zu schaffen, welche es sich zur Pflicht machen, gemeinschaftlich die Agitation einzuleiten.

Ein einmüthiges Vorgehen kann aber nur in einer tüchtig gegliederten Organisation stattfinden, und um diese herbeizuführen, wollen sich die Großenhainer Parteigenossen mit den Genossen des 7. sächsischen Wahlkreises in Verbindung setzen.

Darum, Genossen und Freunde des betreffenden Wahlkreises, laßt diesen Ruf nicht unberücksichtigt und sendet zur weiteren Bestätigung Eure Adressen an

W. Günther, Amalienallee 563.

Zahr, 8. Oktober. Ich führe einen längst gefaßten Vorsatz aus, wenn ich dem „Volkstaat“ über die hiesigen sozialen Verhältnisse berichte. Mit der Agitation hier in Zahr sieht es leider sehr traurig aus; unumhänkt herrscht hier, wie wohl kaum anderswo, der Geldsack, und alles tanzt nach seiner Pfeife. Die Reichsfreundlichkeit ist bereits in das Stadium der Franzosenfresserei getreten, und Bismarck ist der Abgott des hiesigen Wast- und Spießbürgerthums. Was an mir liegt, das thue ich, um die Arbeiter mit unseren Grundsätzen bekannt zu machen, aber ich als Einzelner bin außer Stande, die Massen in Bewegung zu setzen. Vor zwei Jahren wurden hier zwar einige Volks- und Arbeiter-Versammlungen abgehalten, es scheint aber, als seien dieselben ohne alle Wirkung auf die Arbeiter geblieben; und als gar die Fabrikanten bei Strafe der Arbeitsentlassung den Beitritt zur Partei untersagten, da gingen die Wenigen, die damals gewonnen waren, wieder verloren, und die Redner wurden zur Stadt hinausgeschickt. Jetzt grenzt die Lage der hiesigen Fabrikarbeiter nahe an die Sklaverei. Die Noth ist zwar trotz der geringen Löhne nicht so groß, wie in manchen anderen Fabriksäden, da die Mehrzahl der Arbeiter sich ein Stück Feld mietet oder sich schon in dessen Besitze befindet, und Kartoffeln und Gemüse baut. Es sind das Arbeiter aus den umliegenden Dörfern, und diese sind es, welche bedeutend billiger arbeiten, als die Arbeiter in der Stadt. Der höchste Lohn in einer Fabrik ist 48 Kr. bis 1 Fl. bei Männern, die Frauen bringen es auf 24—30 Kr. pro Tag, Kinder bis zu 14 Jahren verdienen 6—12 Kr. pro Tag. Die Arbeit währt von Morgens 5 bis Abends 9 und 10 Uhr, und wird fast ausschließlich von Frauen und Kindern verrichtet, so z. B. in Car-tonnagen, Eichorien- und Cigarren-Fabriken; in der Schupstabsfabrik und mechanischen Weberei werden ausschließlich Frauen und Kinder verwendet.

Neulich feierte der Schupstabs-Fabrikant v. Poppe das Fest der Ausbeutung durch ein Essen, das er seinen Arbeitern gab. Darüber waren nun die Arbeiter voll des Lobes über ihren „guten Herrn“. O, über solche Sklavenseelen! Wollten die Arbeiter doch lieber bedenken, daß sie es sind, die dem „guten Herrn“ den Geldsack spicken, und daß sie ihre eigene Sklaverei feiern, als der „gute Herr“ ihnen zu essen und zu trinken gab. Nun, es wird auch hier noch Licht werden in den Köpfen der Arbeiter, und dann wird hoffentlich der Uebermuth der Geldmenschen sein Ende erreicht haben.

Wilkau, 4. Oktober. Die auf Sonnabend, den 3. Oktober, hier anberaumte öffentliche Versammlung war, wenn auch nicht der hiesigen Einwohnerschaft entsprechend zahlreich, so doch immerhin angemessen besucht, und mochten ungefähr 200—250 Personen anwesend sein. Die Versammlung wurde durch Herrn Merkel 9 Uhr eröffnet, und wurden Teichmann und Merkel zu Vor-

sitzenden und Herr Schubert aus Kirchberg als Schriftführer gewählt. Der Referent, Redakteur Kwadniewski aus Crimmitschau, sprach zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Thätigkeit des Herrn Dr. Georgi im deutschen Reichstage“, sich zunächst dahingehend aus, daß er auf besondere Einladung heute das zweite Mal im 22. Wahlkreise über diesen Gegenstand spreche und wolle er sich daher kurz fassen, da der zweite Punkt der Tagesordnung — die revidirte Landgemeindeordnung — ein für hiesigen Ort sehr wichtiger Punkt sei. Referent hob hauptsächlich hervor, daß Dr. Georgi der Ansicht sei, daß das neue deutsche Reich eine Wohlthat für das deutsche Volk sei; er kennzeichnete sehr zutreffend den nationalliberalen Parteistandpunkt Herrn Georgi's und zog eine Parallele zwischen ihm und dem Candidaten der Sozialdemokraten, Herrn Jork. Georgi habe den Krieg 1870—71 gutgeheißen; nicht so die sozialdemokratische Partei; wir sind und waren besonders der Ansicht, daß der Krieg bei der Befangennahme Napoleons ein Ende nehmen sollte; eine Fortsetzung des Krieges war nach unserer Ansicht nicht mehr berechtigt. Ferner sei Georgi, obgleich in seinem Wahlkreise eine große Anzahl von Sozialdemokraten sich befände, doch der Freilassung Liebknecht's und Bebel's hindernd in den Weg getreten. Betreffend den Antrag der Elsaß-Lothringischen Abgeordneten, daß eine Volksabstimmung in den beiden eroberten Provinzen stattfinden solle, hätte Herr Georgi das „Recht der Eroberung“ anerkannt und er hätte sich damit einverstanden erklärt, daß die Elsaß-Lothringier unter einer Diktatur stehen, was vom Standpunkte der Sozialdemokratie aus verwerflich sei. Ferner habe Georgi eines der wichtigsten Rechte des Volkes preisgegeben, indem er das Militärbudget auf 7 Jahre hinaus gutgeheißen und dafür gestimmt habe, wodurch doch dem Volke eine ungeheure Last von Steuern aufgebürdet worden und dem in nächster Legislaturperiode gewählten Vertreter das Recht abgeschnitten ist, die Rechte des Volkes entscheidend zu wahren. Das neue Preßgesetz mit seinen die Presse noch mehr beschränkenden Bestimmungen habe Georgi gleichfalls als berechtigt angesehen. Daß Georgi sich mit der Gewerbebesetz-Novelle nicht einverstanden erkläre, sei anzuerkennen; dieselbe sei aber noch nicht zur Abstimmung gelangt und bleibe abzuwarten, wie der Herr Georgi fernerhin und namentlich bei der Abstimmung sich stellen wird. Die Abstimmungen Georgi's hätten gezeigt, daß man sich auf ihn nicht verlassen könne; er möchte gern die gesammten Wähler zu Freunden haben und gebe sich daher gern den Anstrich eines „ehr frei gesinnten Mannes“, handle aber im entscheidenden Augenblicke seinen Worten nicht entsprechend. — Hierauf wurde von Ebert eine Resolution eingebracht, welche lautete: „Die heutige Wählerversammlung, besucht von Wählern des 22. Wahlkreises, erklärt sich mit den Ausführungen des Herrn Kwadniewski vollkommen einverstanden, und erklärt dieselbe ferner, daß es mit Rücksicht auf die Stellung des Herrn Dr. Georgi als zweiten Bürgermeisters der Stadt Leipzig geboten erscheine, daß derselbe sein Mandat als Reichstagsabgeordneter im Interesse der gesammten Wählerschaft niederlege.“ Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Nach einer kurzen Pause ergriff Referent Kwadniewski von Neuem das Wort, um über die revidirte Landgemeindeordnung zu sprechen. Er führte zunächst aus, daß sich jeder Staatsbürger in seiner Gemeinde bemühen solle, seine Rechte zu wahren und sich vor Uebergriffen, die ihn schädigen, zu schützen, und sei es deshalb nothwendig, daß sich Jeder mit dem Gesetze vertraut mache. Die revidirte Landgemeindeordnung erweitere die Autonomie (Selbstverwaltung) und die Selbstständigkeit der Landgemeinden; doch sei er der Ansicht, daß diese Autonomie, diese „Selbstständigkeit“, nur einzelnen Gruppen zu Gute komme. Er führte dies im Einzelnen aus, indem er z. B. nachwies, daß nach § 30 die Zahl der Gemeindeauschusspersonen aus 27 Mitgliedern bestehen könne; doch dürfe die Zahl der unanständigen Ausschusspersonen nirgends mehr als den 4. Theil der Gesamtzahl der Ausschusspersonen betragen. Auch an anderen Bestimmungen des Gesetzes wies Referent nach, daß man im Landtage die schroffen Gegensätze zwischen Besitz und Nichtbesitz nicht habe ausheben wollen; das Kapital, der Besitz, könne also das Recht anderer Staats- und Gemeindebürger schmälern. Weiter ging Referent auf § 72, 73 und 74 ein, die Rechte des Gemeindevorstandes, des örtlichen Organs der Landes- und Bezirksverwaltung betreffend, und wies nach, welche Gefahren aus dieser Machtvollkommenheit für die freie Entwicklung der Gemeinde hervorgehen können, wenn nicht alle Kräfte dahin angespannt werden, zu Ausschusspersonen möglichst tüchtige und freie Männer zu wählen. Hierauf sprachen noch einige Ortsbürger über hiesige Zustände, Vertretung im Gemeinderath u. dgl. m., und wurde dann von Ebert eine Resolution eingebracht, welche lautete: „Die am 3. Oktober c. im Müller'schen Gasthose tagende öffentliche Volksversammlung erklärt, bezüglich der am 15. Oktober in Kraft tretenden revidirten Landgemeindeordnung den jetzt bestehenden Gemeinderath zu ersuchen, im Interesse der Ortsbürger und Steuerzahler Wilkau dahin zu wirken, daß sobald als möglich eine Ergänzungswahl des Gemeinderaths stattfinde, und vor Allem den Unangesehenen, welche die Mehrzahl der hiesigen Einwohnerschaft bilden, gerecht zu werden.“ Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Hierauf schritt man noch zur Wahl eines Comités, welches veranlassen soll, daß öftere Besprechungen über die revidirte Landgemeindeordnung stattfinden. In das Comité wurden gewählt: Oberwiltau: Teichmann; Neuwiltau: E. Schmeizer, V. Kiedel, A. Merkel und Ebert. Die Versammlung war vom besten Geiste befeelt und wäre es zu wünschen, daß bei den Besprechungen sich die Ortsbürger Wilkau zahlreich einfinden möchten, sowie daß das gewählte Comité seine Eingabe an den Gemeinderath beschleunigen möge. (Crimmitschauer Bürger- und Bauernfreund.)

Roslenz, im September. Wolf's Agitationsbericht. (Schluß.) Schulze, welcher einige bei ihm bestellte „Thätigkeit des deutschen Reichstags“ an die Besteller beförderte, wurde verhaftet und bis zum andern Morgen in Gewahrsam gehalten und sodann um 5 Uhr gestraft. Den andern Morgen hat er mir die Wachtmeister einen Besuch ab, bloß um meine Legitimation in Empfang zu nehmen, und mich um 8 Uhr auf die Bürgermeisterei zu stellen. Diefem Verlangen kam ich nach, um jenen Mann kennen zu lernen, welcher das Meinung'sche Pöbchen vor dem Verberben zu retten sich berufen fühlte. Mich im Wartezimmer aufhalten vernahm ich denn, wie der Wachtmeister dem Bürgermeister plausibel zu machen suchte, ich hätte vollständige Vorträge gehalten; er muß aber ein ungläubiges Ohr gefunden haben, denn bei meinem Eintreten fragte mich der Bürgermeister, was ich wollte, er glaube, ich sei freiwillig gekommen. Um aber doch etwas zu sagen, fragte er mich, ob die Versammlung ohne Meldung gehalten werden sollte, worauf ich ihm mitzuteilen hatte, daß kein Borgänger ausdrücklich Anmeldungen als nicht mit dem Gesetze vereinbar zurückwies und es sich im ganzen Lande so verhalte. Die Begeisterung der Saalfelder Arbeiter war nach diesem Vorgange eine um so größere und werden die Erfolge nicht ausbleiben.

Hoffentlich haben die dortigen Einberufer gegen das ungesetzliche Vorgehen des Bürgermeisters Einsprache erhoben.

Mittwoch, den 19. August mußte eine Volksversammlung zu Radolfstadt unterbleiben, da kein Lokal zu erlangen war. Ich begab mich alsbald nach Ballendorf, um auch dort für die Partei zu wirken, und fand daselbst auch am Donnerstag, dem 20. August eine Volksversammlung statt, welche aber nur schwach besucht war, weil sich die Arbeiter vor den erschienenen Fabrikanten und Beamten fürchteten. Nach Beendigung meines Vortrags meldete sich Niemand zum Wort. Es ist notwendig, daß die dortigen Arbeiter sich ihrer Menschenwürde bewußt werden, denn selbst die Bestyger dortiger Etablissements hatten nicht geglaubt, daß eine solche knechtische Furcht in den Arbeitern stehe. Also auf und organisiert Euch! Sonnabend, den 22. August Volksversammlung in Neustadt a/D., wo ich einen gedruckten Vortrag jenes samösen Lindwurm, welchen derselbe hier gehalten hatte, vorlas. In diesem „Vortrag“ sagte der Lindwurm ausdrücklich, daß er oft förmlich darnach suche, einen Sozialdemokraten zu finden. Ich hatte Gelegenheit, den Neustädtern die Prahlerei und Freigebigkeit dieses Lindwurms vor Augen zu führen, da man einen Chemiker Parteien wegen Hausfriedensbruchs gerichtlich belangte, weil derselbe dem Lindwurm in einer öffentlichen Versammlung (Centralherberge) mit vollständiger Einhaltung der parlamentarischen Form entgegenete. Sonntag, den 24. hielt ich daselbst bei Gelegenheit des Stiftungsfestes die Festrede. Ich suchte noch in verschiedenen Orten dieser Gegend Versammlungen abzuhalten, mußte jedoch in Folge der Erntezeit davon absehen, da es industrielle Arbeiter dort nicht giebt. Ich begab mich dann nach Stadt Elm, um auch hier Brosche zu schießen, was mir insoweit gelang, als ich einen tüchtigen Gefinnungsgenossen vorfand, welcher die Einberufung einer Versammlung besorgen wollte; sodann ging ich nach Arnstadt und referierte am Sonnabend, den 29. August in einer Volksversammlung, welche aber, nachdem ich circa eine Stunde gesprochen, von dem mit starker Bereedung anwesenden Bürgermeister mit dem Bemerkten geschlossen wurde, ich hätte bestehende Gesetze getadelt. Auf meinen Protest erwiderte er, ich hätte noch mehr Bergehen begangen. Als Grund der Auflösung gab er meine Kritik der Ausnahmegeetze gegen die ultramontane Partei an. Um dem Bürgermeister sein Unrecht zu beweisen und ihm zu zeigen, daß ich seine Denunziationen nicht fürchtete, sorgte ich dafür, daß in kürzester Zeit eine zweite Versammlung stattfand. Ich begab mich von da aus nach Esfurt, wo ich Montags eine Versammlung abzuhalten gedachte, dieselbe mußte jedoch wegen der Parteauflösung unterbleiben. Es gelang mir, eine zweite Versammlung auf Dienstag, den 1. September einberufen zu lassen, jedoch nach der Wahl des Bureaus erklärte der anwesende Polizeikommissar die Versammlung im Namen des Königs für geschlossen, da sie als eine Fortsetzung der aufgelösten Partei zu betrachten sei. Wir bezogen uns in ein anderes Zimmer, und obwohl von vier Polizeibeamten beaufsichtigt, unterhielten sich die zahlreich Anwesenden noch eine geraume Zeit. Nachmals wurde auf nächsten Freitag, den 4. September, eine dritte Versammlung einberufen. In der Zwischenzeit begab ich mich zur Kasalfesterei nach Weimar, und am 2. September, in Gemeinschaft mit Fischer nach Apolda zur Sedanfeier, wo die von unserer Seite veranstaltete Feier trotz des daselbst in alle Klassen der Bevölkerung, Groß und Klein, gedrangenen Beobachtungsgutes gut besucht war und sich der Teilnahme der gesamten Gendarmarie und Polizeimannschaft erfreute, während sicher bei dem Durcheinander auf den Plätzen und Straßen keine Aufsicht herrschte. Die Feier verlief in schönster Ruhe und Ordnung, selbst dem beaufsichtigenden Stadtschreiber schien es sehr zu gefallen. Nun begaben wir uns, Fischer und ich, zur projectirten Esfurter Volksversammlung, welche auch ohne Störung verlief; nachdem die Anmeldung der Versammlung sowie die Befestigung des Bureaus Nichtmitgliedern überlassen war, und nachdem ich vom anwesenden Kommissar darauf aufmerksam gemacht worden war, nichts staatsgefährliches zu reden, konnte ich mein Referat vollständig erledigen, so auch Fischer. War die erste Versammlung schon gut besucht, so war die zweite in Folge der polizeilichen Ehikanen eine vollständig besetzte und verlief glänzend. Nun sollte es zu der auf Sonnabend, den 5. September projectirten Versammlung nach Stadt Elm gehen, in Arnstadt fand ich jedoch einen Brief des Imer Genossen vor, in welchem mir derselbe mittheilte, daß er bei der Anmeldung der Versammlung von dem Bürgermeister den Bescheid erhalten, er, der Bürgermeister, müsse zum Schwornengericht und könne deshalb nicht da sein. Der Hinweis des Einberufers auf das Versammlungsgebot, das dem Bürgermeister die Vertretung gestattet, half nichts, er erhielt zur Antwort, man wolle gefälligst die Versammlung die nächste Woche abhalten, außer ihm sei keine juristische Person da und den Polizeidiener könne er nicht schiden. Mir blieb, trotzdem ich mit diesem Beamten gerne Bekanntschaft gemacht hätte, nicht die Zeit übrig, mich nochmals nach Elm zu begeben. Nun nochmals zur Volksversammlung in Arnstadt, zu welcher derselbe anstößende Bürgermeister mit starker Bededung erschienen war. Auch diese Versammlung war in Folge der vorhergegangenen Auflösung weit zahlreicher besucht als die erstere und vom besten Geiste befeelt. Diesmal unterließ der Bürgermeister jede Notizenmacherei, und konnte ich mein Referat vollständig erledigen, sowie auch Fischer, welcher über den 2. Punkt referierte, unbehelligt zu Ende sprechen konnte. Der Bürgermeister schien im Laufe der Woche das Reichsstrafgesetzbuch etwas gründlicher studirt zu haben, auch mögen wohl die Genossen die widerrechtlich stattgefundene Auflösung der ersten Versammlung weiter verfolgt haben. Unpraktisch war, gleich nach Schluß der Versammlung eine geschlossene Mitgliederversammlung der Holzarbeiter abzuhalten, da dadurch die Einzeichnung von Parteimitgliedern verhindert wurde. Möge das demnächstige Arrangement ein besseres sein. Nun ging es nach Gotha, um das Thüringer Agitationscomité aufzusuchen. Da die einheitliche Organisation in Thüringen noch manches zu wünschen übrig läßt, fand ich ein solches jedoch nicht vor, da Bod auf Agitation und Dr. Sch in Berlin war. Ueber Langenfalza ging ich nach Mühlhausen, woselbst am Donnerstag, den 10. September Volksversammlung stattfand, welche seitens der Polizei gut besucht war, die aber Fischer und mich zu Ende sprechen ließ. Nach Schluß der Versammlung lehrte aber der bereits im Abgehen begriffene Polizeikommissar nochmals um und veranlaßte Fischer, welcher die Kolportage für Keteler in Apolda betreibt, ihm in ein Nebenzimmer zu folgen, wo er denselben nach Durchsicht der Schriften verhaftete und durch einen Polizisten zur Polizei befördern ließ, während zwei andere Beamten das Lokal zu räumen hatten. In selbiger Nacht noch wurde Fischer zwar auf freien Fuß gesetzt; des andern Tages hatte derselbe aber zu verschiedenen Malen das Vergnügen, citirt zu werden, was ihm neben den Geschäftsverlusten einen nicht zu unterschätzenden Begriff von der deutschen Freijugigkeit eingebracht hat.

Von Mühlhausen über Dingelstädt, Heiligenstadt mich nach Kassel begebend, hatte man doch in Folge des Rosenpunktes von

der Einberufung einer Volksversammlung abgesehen und bloß eine Metallarbeiterversammlung einberufen, welche nur schwach besucht war, da dieselbe bloß einmal annoncirt war. Nach einiger Debatte, welche durch das Auftreten einiger Mitglieder vom „Allgemeinen deutschen Arbeiterverein“ hervorgerufen war, wurde mit bedeutender Majorität der gestellte Antrag, sich dem Allgemeinen Metallarbeiter-Verbande anzuschließen, abgelehnt, dagegen beschlossen, sich der Metallarbeitergewerkschaft anzuschließen.

Weitere Volksversammlungen mit gewöhnlichem Verlaufe fanden noch statt in Marburg Sonnabend, den 19. September, in Siegen Sonntag, den 20. Metallarbeiterversammlung, Montag, den 21. Volksversammlung, welche beide zahlreich besucht und gleichfalls vom besten Erfolg begleitet waren. Dann begab ich mich nach Koblenz, um hier einen Agitationsversuch zu machen, nachdem dem Genossen Auer kurze Zeit vorher eine Versammlung aufgelöst worden war. Es fand eine Versammlung Freitag, den 25. September im Hotel Leger statt; der geräumige Saal war bis in den letzten Winkel gefüllt, da man eine nochmalige Auflösung erwartete. Ich konnte aber meinen 2 1/2 stündigen Vortrag beendigen ohne auf Widerstand zu stoßen, die Menge zugleich aufmerksam machend, daß, nachdem die Polizeibehörde alles thue, um Leben in unsere Bewegung zu bringen, die Arbeiter sich nicht undankbar zeigen und in Masse unserer Organisation beitreten müssen. Auch Parteigenosse Auer konnte seine Ausführungen vollenden und zeigte die Anwesenden durch vielfache Beifallsbezeugungen ihr Einverständnis mit unseren Principien. Möge auch da weiter gesorgt werden, daß der auf so guten Boden gefallene Saame sich zur Reife entwickele.

Zum Schluß noch wünsche ich, daß an allen den Orten, wo die Organisation noch etwas zu wünschen übrig ließ, durch doppelten Eifer der Betreffenden das Besäumte nachgeholt werden möge, der Erfolg wird dann sicher nicht ausbleiben.

Indem ich noch allen Gefinnungsgenossen für die freundliche Aufnahme, welche dieselben mir bereiteten, meinen herzlichsten Dank ausspreche, sende ich auf diesem Wege allen Genossen meinen Gruß. Richard C. J. Wolf.

Breslau, 8. Oktober. Die Fürsorge, welche uns seitens der hiesigen Polizei zu Theil wird, geht ins Unglaubliche, und wohl keine zweite Stadt dürfte in Deutschland zu finden sein, die sich eines ähnlichen Regiments erfreute. Von Versammlung keine Spur, da die Wirth ohne Ausnahme die Benutzung ihrer Lokale verweigern. Nur der Allgemeine deutsche Arbeiterverein ist in der glücklichen Lage, dann und wann Versammlungen abhalten zu können, weil er nämlich den Wirth eines kleinen Lokals sich kontraktlich verpflichtet hat. So fand denn auch vergangenes Montag eine Versammlung statt, in welcher Klein aus Elberfeld, Mitglied des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, referierte. Wie zu erwarten war, wurde auch diese Versammlung von dem Polizeikommissar aufgelöst und die Anwesenden zur schleunigsten Räumung des Lokals veranlaßt. Name und Stand eines jeden Besuchers solcher Versammlungen wird von der Polizei notirt, was in vielen Fällen polizeiliche Vorladungen zur Folge hat. Auch ich bin schon einige Male dem polizeilichen Register einverleibt und habe ebenfalls Vorladungen mich zu erfreuen gehabt. Es ist klar, daß die Polizei mit diesen Ehikanen der Arbeiterbewegung in Breslau einen Hemmschuh anlegen will; zeitweilig mag ihr das auch gelingen, aber auf die Dauer die Arbeiter verhindern zu wollen, an der Besserstellung ihrer gesellschaftlichen Lage zu arbeiten, das gelingt der hiesigen Polizei sowohl wie den mächtigsten Gegnern der Arbeiterbewegung nicht. G. Heil.

Annoucengebühren
Für Januar 1874:
Bensheim: Schmidt, Drechsler 8 Gr.; London: Arbeiter-Bild.-Berein 12 Gr.
Für Februar:
Bremershausen: Arbeiter-Partei 4 Gr.; Kaiserlautern: Joh. Böhmer 12 Gr.; Reustadt a/D.: Arb.-Partei 6 Gr.; Pforzheim: Arbeiter-Partei 2 Gr.; Wiskowya: 3. Blum 2 Ltr.
Für März:
Regelun: Steinweg-Gew. 14 Gr.; Elberfeld: Arb.-Partei 10 Gr.; Magdeburg: Arbeiter-Partei 10 Gr.; Pöfned: Arb.-Partei 12 Gr.; Staßfurt: Arb.-Partei 8 Gr.
Für April:
Bremershausen: Arb.-P. 12 Gr.; Eßlingen: Arb.-P. 14 Gr.; Spandau: Holzarb.-Gew. 7 Gr.; Städte: Arb.-Partei 10 Gr.; Wien: Holzarbeiter-Gew. 3 Gr.
Für Mai und Juni:
Apolda: Petermann 3 Gr.; Altenburg: Schuhmacher Schellenberg 4 gr.; Bremen: H. Mathias 16 gr.; Berlin: Klempner. 6 gr., H. Heßler 8 gr.; Elm Steinweg-Berein 10 gr.; Cassel Arb.-Partei 16 gr.; Dresden Metallarb.-Gew. 12 gr.; Eßlingen Arb.-Part. 6 gr.; Elberfeld Arb.-P. 5 gr.; Eisenach Holzarb.-Gew. 8 gr.; Frankfurt a. M. Arb.-P. 6 gr.; Klempnerverein 8 gr.; Kald 3 gr.; Contr.-Comm. 5 gr.; Freiberg i. S. Sonntag 5 gr.; Gotha Arb.-P. 28 gr., Lühr. Agit.-Com. 9 gr.; Gmünd Landtagit.-Com. 1 Ltr. 22 gr.; Grimma a. S. Löhne 8 gr.; Hamburg Metallarbeiter 6 gr.; Alper-Berein 12 gr.; Allgemeiner Metallarbeiter-Verband 15 gr.; Hannover: Holzarb.-Gew. 6 gr.; Kreuzlingen B. Lang Schneiderm 6 gr.; Königberg i/Pr. Arb.-Partei 4 gr.; Nürnberg Gen.-Dr. 1 Ltr. 6 gr.; Oberhausen Joh. Reuz 22 gr.; Pfauen Arb.-Part. 10 gr.; Schweinungen D. Rosenheim 9 gr.; Spandau Arb.-Part. 7 gr.; Holzarb.-Gew. 7 gr.; Metallarb.-Gew. 5 gr.; Stuttgart Arb.-Ber. 10 gr.; Straßburg i/Elb. Arb.-Part. 18 gr.; Worms Arb.-Tag 14 gr.
Für Juli 1874:
Berlin: Böttcherverein 20 gr., Manuf.-Gew. 17 gr., Sattlerver. 7 gr., Feinsh 5 gr., Elberfeld Arb.-Partei 5 gr., Frankfurt a. M. Raib 3 gr., Froburg Volkver. 18 gr., Grimma (Kasslag) Arb.-Ber. 10 gr., Gotha Holzarb.-Gew. 5 gr., Hamburg Sattler. 5 gr., Linz Fachver. der Holzarb. 10 gr., Lindenau Schuhm.-Gew. 4 gr., München S. Kraus 6 gr., Raunhof Lange 5 gr.
Für August:
Augsburg Arb.-Partei 18 gr.; Buchwieser 10 gr.; Arb.-Berein 7 gr.; Berlin: Böttcherverein 13 gr., Manuf.-Gew. 9 gr., Sattlerverein 6 gr.; Gera Arb.-Partei 4 gr.; Marburg A. P. 7 gr. 5 pf.; Nürnberg Baumann 5 gr.; Dederan Arb.-Partei 17 gr. 5 pf.; Pfauen Arb.-Partei 15 gr.; Romanshorn Arb.-Bild.-Ber. 5 gr.; Stolberg: Agitat.-Comité (Ehrentraut) 4 gr.; Wandbeck Arb.-Berein 5 gr.; Bschorlan Maurer- und Zimmerer-Gewerkschaft 20 gr.
Für September:
Augsburg: Arb.-Partei 13 gr., Manuf.-Gew. 6 gr., Metall.-Gew. 20 gr., R. Krause 5 gr., Liter. Ber. 4 gr., Arb.-Ber. 1 Ltr. 18 gr.; Braunschweig: Metallarb.-Gew. 12 gr. 5 pf., Müller 12 gr. 5 pf.; Berlin: Holzarbeiter-Gewerkschaft 1 Ltr. 18 gr. 5 pf., Böttcherverein 12 gr., Heiland 1 Ltr. 10 gr., Manufaktur-Gewerkschaft 9 gr., Cig.-Arb.-Krankentasse 14 gr., Bernstein 5 gr., Trautmann Filiale 8 gr., Steinleit 17 gr. 5 pf., Mt.-Gew. 12 gr.; Bremen: Arb.-Partei 23 gr.; Elm: Arb.-Part. 12 gr.; Connewitz: Arb.-Ber. 13 gr.; Düsseldorf: Arb.-Part. 4 gr.; Eßlingen: Arb.-Gew. 7 gr.; Frankenburg i. S.: N. Kösch 10 gr.; Hamburg: Arb.-Part. 26 gr., Polament-Ber. 25 gr.; Heide: Peterlen 4 gr.; Hannover: Arb.-Part. 6 gr.; Königberg i. Pr. Rabitz 17 gr. 5 pf.; Luzer: Knourel 17 gr. 5 pf.; London: Bnöl 12 gr. 5 pf.; Lunzenau: Arb.-Part. 7 gr.; Rentkichen: Arb.-Part.

15 gr.; Rowares: Manuf.-Gew. 5 gr.; Reichenbach i. B.: Volksw. 17 gr. 5 pf.; Straßburg i. Elb.: Arb.-Part. 12 gr. 5 pf.; Wiesbaden: Arb.-Part. 5 gr.; Waldheim: Arb.-Part. 12 gr. 5 pf.
Sofortige Zahlung obiger Beiträge wird umso mehr erwartet, als Annoncen von Restanten — über einen Monat — nicht mehr Aufnahme finden.
Privatannoncen werden nur aufgenommen, wenn der Betrag in Briefmarken besetzt oder Postvorschuß erhoben werden kann.
Geschäftsannoncen, mit Ausnahme von der Partei zu empfehlenden Schriften, werden nicht aufgenommen.
m) Die Expedition des „Volkshaat“.
Dankagung.
Für die reichlichen Unterstügungen, die mir von Seiten der Parteigenossen für Projektskosten zu Theil geworden sind, meinen innigsten Dank. Ich werde bestrebt sein, auch fernerhin die Prinzipien der Sozialdemokratie zu vertreten.
Müssen St. Micheln, 12. Oktober. Heinrich Müller.
Cuitung.
1 Ltr. — 5 von der Parteimitgliedschaft zu Oberwirtschn. 1 Ltr. von J. B. aus Leipzig. 3 Ltr. 15 durch K. aus Witting. 2 Ltr. von der Mitgliedschaft aus Zwickau. 13 gr. 7 von Weßhorn aus Grimmitzschau. 5 gr. von Albert Stiefel aus Müssen St. Jakob.
Briefkasten.
der Redaktion. A. Niet in Elm: Auch die Redaktion hat die Annonce nicht erhalten.
der Expedition. C. Madje Berlin: Reklamiren Sie ernstlich bei dortiger Post, event. beschweren Sie sich bei dortiger Postexpedition. P. Ehr Waldenburg: Wenn Sie das Blatt von der Post spät erhalten, beschweren Sie sich bei der zuständigen Postdirektion über diese Saumseligkeit oder absichtliche Verzögerung. C. H. Paris: Das Abonnement kostet 1 Ltr. 5 gr. D. Rbl. Breslau: Wir haben keinen Brief erhalten. Frd. Kehr in Hausen 6. Frankfurt: Das bestellte Buch ist nicht mehr zu haben.
der Expedition. C. Rudolf Elm Schr. 7 gr. S. und S. in Hannover Schr. 10 gr. F. Ladr Graz Schr. 1 Ltr. 16 Ns. 22 gr. Bf. Weßelburg Schr. 7 gr. J. M. hier Ab. 11 Ltr. C. M. Jaffe Ab. 1 Ltr. 5, Schr. 3 Ltr. 11. Schman hier Ab. 6 gr. Edwig hier Ann. 10 gr. Lr Waldenburg Schr. 7 gr. M. Berlin Ann. 10 gr. Wrgun Eilenburg Ab. 19 gr., Schr. 5 gr. Pflud Hohenstein Ab. 14 Ltr. 25. 5, Schr. 14 Ltr. 4. 5. Ant Goldershatt Schr. 1 Ltr. 19. C. Elm Dresden Schr. 10 gr. Frz. Bat Halberstadt Schr. 2 Ltr. 17. Zimmern Barmen Ann. 26 gr. C. Jh Sonneberg Schr. 2 Ltr. 14. 8. J. M. hier Schr. 16 gr. 8. Rmn Göttingen Schr. 8 gr. Bth W. Stadbach Schr. 7 gr. C. Perts Barmen Schr. 4 Ltr. 15. J. Frz Wien Schr. 2 Ltr.
Fond für Gemahregelie.
Für die Wahl im 14. sächs. Wahlkreis.
Bon N. in in Berlin durch Hnd. 1 Ltr.
Anzeigen 2c.
Die rechts in [] angegebene Ziffer ist der Preis der betreffenden Annonce.
Augsburg Sozialdemokratische Arbeiterpartei.
Samstag, den 17. Okt.: Versammlung in der „Schützenhalle.“ — L. D.: Die Religion der Sozialdemokratie. Sozial-pol. Rundschau. Parteilangelegenheiten.
Es haben alle Mitglieder am Plage zu sein. Die Restanten wollen ihren Parteilichkeiten nachkommen.
Im Auftrage: A. Hohenreiner. [7]
Berlin Gewerkschaft der Holzarbeiter.
Sonnabend, den 17. Okt., Abends 8 1/2 Uhr, Andreasstr. Nr. 26, bei Gittel: General-Versammlung.
Tagesordnung: 1) Abrechnung vom letzten Quartal. 2) Wahl des gesammten Vorstandes. 3) Antrag von H. Grimpe.
Die Mitglieder werden auf § 26 unseres Krankenkasstatuts aufmerksam gemacht.
G. Lemke, Besoim. [7]
Berlin Oeffentliche Versammlung des Wahlvereins der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (Eisenacher Programm) Sonntag, den 18. Okt., Vormittags 10 Uhr präc., in den Scatowil'schen Bierhallen (Industriegebäude) oberer Saal, Commandantenstraße 77—79.
Tagesordnung: 1) Befestigung der Statuten. 2) Aufnahme neuer Mitglieder. 3) Diskussionsfragen etc.
Jedermann hat freien Zutritt. Der Vorstand. [7]
Berlin Gewerkschaft der Manufaktur-Fabrik und Handarbeiter.
Sonnabend, den 24. Oktober, Abends 8 Uhr:
Concert und Ball in Post's Salon,
Nüßendorferstraße Nr. 45. — Wozu Freunde und Gefinnungsgenossen hierdurch freundlichst eingeladen werden. (2a) Das Comité. [15]
Berlin Gewerkschaft der Manufakturarbeiter.
Sonnabend, den 17. Oktober, gr. Frankfurterstr. 84.
Versammlung. — L. D.: Gewerkschaftliches. A., Vertrauensmann. [3]
Breslau Montag, den 19. Oktober, Abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Reimann, Neue Jankensstraße 23, (im blauen Oafen): „Arbeiter-Versammlung.“ — L. D.: 1) politische Rundschau. 2) Arbeiterfrage.
Um zahlreiche Theilnahme ersucht C. J. u. [5]
Freiberg i. S. Sonntag, den 18. Oktober d. J., Nachm. 3 Uhr, (während der Anwesenheit Geib's) Großes Arbeiterfest
in dem Gasthaus zur „Union“, Barthelsdorfer-Straße.
Es werden uns alle Gefinnungsgenossen aus der Ferne bei diesem Vergnügen sehr willkommen sein, aber ganz besonders eruchen wir die Heimlicher, Dederaner, und Brandeb. Parteigenossen, sich bei diesem Feste einzufinden. Das Comité. [22]
Gohlis Arbeiterverein.
Montag, 19. Oct., Abends 1/9 Uhr: Versammlung bei Kunzsch. — Gste willkommen. D. B. [3]
Leipzig u. Umgegend Metallarbeiter-Gewerkschaft.
Montag, den 19. d. M.: Versammlung bei Fröblich, Mühlaitzstr. Nr. 38. — Tages-Ordnung: 1) Erhöhung der Kranken-Unterstützung. 2) Sozialer Vortrag. — Aufnahme neuer Mitglieder.
Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist unbedingt notwendig. [6]
Elb. d. R. Jeden Sonnabend, Abds. 8 Uhr, bei Richter, Sternwartenstraße II, 9, Ost-Parteilgenossen haben Zutritt.
Saarbrücken.
Zwei Korbmachergesellen auf Gesell und geschlagene Arbeit können sofort eintreten bei (2b) Hermann Marx, Korbfabrikant. [7]
Wir fordern Herrn Rudolf Krenter aus Berlin auf, uns sofort seine Adresse kund zu geben.
Im Auftrage der Gewerkschaften der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter in Pöfned: Franz Rirchner, bei Karl Friedr. Straßburger, Thorhaus. [12]
Filial-Expeditionen
haben laut Congressbeschl. mit Ablauf des Quartals ihre Abrechnungen zu begleichen. Eingehende Filial-Expeditionen wollen rechtzeitig für Postabonnements besorgt sein.
Die Expedition des „Volkshaat“.
Verantwortlicher Redakteur: M. Preißer (Lindenau).
Redaktion Hofstr. 4, Expedition Zeitstr. 44, in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.